



Geschäftsbericht 2023

Das Wichtigste auf einen Blick

	2023	2022	Differenz	
			absolut	in %
Versichertenbestand per 31.12.				
Anwärter	45.105	44.067	1.038	2,4
Rentner	2.676	2.626	50	1,9
Kennzahlen zum Kapitalanlageergebnis in %				
Bruttoverzinsung	2,79	2,31	0,48	20,6
Nettoverzinsung	2,68	2,20	0,48	21,9
Bilanzkennzahlen per 31.12. in T€				
Bilanzsumme	164.168	151.319	12.849	8,5
- davon Kapitalanlagen	159.646	144.975	14.671	10,1
- davon Eigenkapital	7.189	7.035	154	2,2
Ertragskennzahlen in T€				
Verdiente Beiträge	11.532	10.809	723	6,7
Ergebnis aus Kapitalanlagen	4.066	3.099	967	31,2
Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.440	2.612	-172	-6,6
Zuführung zur Deckungsrückstellung	2.801	14.035	-11.234	-80,0
Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgs-unabhängige Beitragsrückerstattungen	9.801	6.485	3.316	51,1
Jahresüberschuss in T€	154	1.375	-1.221	-88,8

Inhalt

1.	Lagebericht	3
1.1	Grundlagen zur Zusatzversorgungskasse	3
1.2	Wirtschaftsbericht	4
	- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	4
	- Geschäftsverlauf	4
	- Beitrag	6
	- Entwicklung des Bestandes	6
	- Nachhaltigkeit im Sinne der der Offenlegungsverordnung	6
	- Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	6
	- Struktur des Bestandes	7
1.3	Lage der Zusatzversorgungskasse	8
	- Ertragslage	8
	- Vermögens- und Finanzlage	10
1.4	Prognose-, Chancen- und Risikobericht	11
2.	Jahresbilanz	14
3.	Gewinn- und Verlustrechnung	16
4.	Anhang	19
5.	Erklärung des Vorstandes	40
6.	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	41
7.	Bericht des Aufsichtsrates	44



1. Lagebericht

1.1 Grundlagen zur Zusatzversorgungskasse

Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG ist eine von den Tarifvertragsparteien des Gerüstbauer-Handwerks geschaffene gemeinsame Einrichtung:

Bundesverband Gerüstbau e.V.
Rösrather Straße 645
51107 Köln



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Olof-Palme-Straße 19
60439 Frankfurt am Main



Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG ist ein kleinerer Versicherungsverein im Sinne des § 210 VAG und wurde am 12. Mai 1981 gegründet. Am 26. November 1981 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Bonn, der Gesellschaft die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt. Der Geschäftssitz befindet sich in Wiesbaden.

Sie ist eine überbetriebliche Pensionskasse und gewährt Arbeitnehmern des Gerüstbauer-Handwerks nach Eintritt des Versicherungsfalles Beihilfen zu den gesetzlichen Renten sowie einmalige Hinterbliebenenbeihilfen.

Der Geschäftsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte nach § 177 Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) hat die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG nicht betrieben. Rückversicherung ist weder genommen noch gegeben worden.

1.2 Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 stand im Zeichen des anhaltenden Krieges in der Ukraine und im Nahen Osten. Wirtschaftlich wirkten sich diese, obwohl sich die militärischen Auseinandersetzungen in einem geographisch begrenzten Raum bewegen, in der internationalen Arbeitsteilung aus. Die Folge sind gestörte Lieferketten und anhaltende Preissteigerungen, zum einen für Energie, aber auch Lebensmittel und viele Vorprodukte für Produktionsprozesse. Um die Preissteigerungen zu begrenzen, haben die Notenbanken mit Zinserhöhungen reagiert. Dadurch ist das Zinsniveau an den Kapitalmärkten deutlich gestiegen.

Die Produktionsbedingungen haben sich durch diese Rahmenbedingungen in einigen Wirtschaftsbereichen verschlechtert. Private Haushalte haben auf die Preissteigerungen und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung mit Zurückhaltung reagiert; der private Konsum ist um 0,8 % zurückgegangen.*

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland reduzierte sich um 0,3 %. Dazu haben die Wirtschaftsbereiche sehr unterschiedlich beigetragen. Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe ist um 0,4 % gesunken. Positive Effekte kamen dabei aus der Automobilindustrie. Deutlich gesunken ist die Produktion in energieintensiven Branchen wie der Chemie- und Metallindustrie. Der Dienstleistungsbereich setzte sein Wachstum hingegen fort. Besonders Dienstleistungen im Bereich Information und Kommunikation legten um 2,6 % zu.

Im Baugewerbe wirkten sich höhere Finanzierungskosten, hohe Baukosten und der Fachkräftemangel besonders auf den Wohnungsbau aus. Die Produktion im Tiefbau und in den Ausbaugewerken konnte hingegen gesteigert werden. Zu letzterem haben vor allem die energetischen Sanierungen im Gebäudebestand beigetragen. Insgesamt weist das Baugewerbe preisbereinigt ein Plus von 0,2 % aus.

Die Wirtschaftsleistung wurde von durch-

schnittlich 45,9 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Dies ist ein Zuwachs von 0,7 % oder 333.000 Personen und ein neuer Höchststand in der Bundesrepublik Deutschland. Auch im Baugewerbe gab es trotz des Fachkräftemangels einen geringfügigen Beschäftigtenzuwachs von 0,5 %.

Geschäftsverlauf

Das Gerüstbauer-Handwerk hat sich im Geschäftsjahr 2023 erneut gut behauptet.

Die Auswirkungen der Auftragsrückgänge im Hochbau, vor allem im Wohnungsbau, wirkten sich im Gerüstbauer-Handwerk abgeschwächt aus, da dieser Bereich einen kleineren Umsatzanteil hat als im Bauhauptgewerbe. Zudem besteht durch die Bauzeiten ein gewisser Auftragsnachlauf, sodass die Auswirkungen des rückläufigen Wohnungsbaus zeitlich verzögert eintreten. Im Industrierüstbau führten die höheren Kostenbelastungen des Produzierenden Gewerbes dazu, dass Investitionen in die eigenen Produktionsstandorte reduziert oder zurückgestellt wurden, und damit auch weniger Gerüstdienstleistungen benötigt wurden.

Der Bereich der Sanierung im Gebäudebestand hat durch die Energiekrise erneute Impulse erhalten, wodurch auch in diesem Bereich die Nachfrage nach Gerüsten auf hohem Niveau blieb.

Die Meldungen der an der Zusatzversorgung teilnehmenden Betriebe ergaben einen Zuwachs der Anzahl der gewerblichen Arbeitnehmer um 2,2 %. Die Bruttolohnsummen der gewerblichen Arbeitnehmer erhöhten sich um 4,6 %. Die Zahl der kaufmännisch/technischen Angestellten stieg um 3,6 % an. Damit war die Entwicklung der Anzahl der Arbeitnehmer erfreulicherweise besser als vom Vorstand prognostiziert. Der Bruttolohnsummenzuwachs entspricht hingegen den Erwartungen.

Die Beitragseinnahmen des Jahres 2023 erhöhten sich etwas oberhalb der Vorjahresprognose um 722 T€ bzw. 6,7 %.

* Die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung basiert auf der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 2023 vom 15. Januar 2024

Um die Rentenleistungen der Versicherten langfristig zu finanzieren, legt die Zusatzversorgungskasse die Beiträge rentierlich an.

Das Jahr 2023 war für die Kapitalmärkte ein gutes Jahr. Die Notenbanken haben im ersten Halbjahr die Leitzinsen in mehreren Schritten erhöht, um die Inflation einzugrenzen. Die Renditen am Kapitalmarkt etablierten sich auf erhöhtem Niveau. Auf die Krisenherde in der Ukraine und im Nahen Osten reagierten die Finanzmärkte insgesamt sehr robust, sodass es keine wesentlichen Verwerfungen am Aktienmarkt gab.

Das Volumen der Kapitalanlagen erhöhte sich von 145,0 Mio. € zum Jahresbeginn auf 159,6 Mio. € zum 31. Dezember 2023. Insgesamt wurden 24,0 Mio. € aus Beitragseinnahmen, Kapitalanlageerträgen und Mittelrückflüssen fälliger Wertpapiere investiert. Die Zusatzversorgungskasse hat das erhöhte Zinsniveau genutzt und Neu- bzw. Wiederanlagen in Höhe von 20,5 Mio. € in festverzinslichen Wertpapieren guter Bonität vorgenommen. Die durchschnittliche Rendite dieser Neuanlagen beträgt 3,82 %. In ausstehende Kapitalabrufe von Investmentfonds bzw. Beteiligungen wurde ein Betrag von 3,5 Mio. € investiert. Aktienkäufe wurden keine getätigt.

Insgesamt konnte aus Kapitalanlagen im Jahr 2023 ein Ertrag von 4.226 T€ erzielt werden. Dieser Betrag übersteigt das Vorjahr um 972 T€ bzw. 29,9 % und ist damit deutlich besser als erwartet.

Die Aufwendungen für die Kapitalanlagen lagen mit 160 T€ stabil nur leicht über dem Vorjahr (155 T€). Erfreulicherweise waren im Jahr 2023 – wie bereits im Vorjahr – keine Abschreibungen auf Kapitalanlagen erforderlich.

Nach Abzug der Aufwendungen konnte ein Kapitalanlageergebnis in Höhe von 4.066 T€ erzielt werden, das 968 T€ bzw. 31,2 % über dem Vorjahr lag. Die Nettoverzinsung für das Jahr 2023 ist mit 2,68 % um 0,48 % Prozentpunkte höher als die Verzinsung des Jahres 2022. Das Kapitalanlageergebnis liegt damit deutlich über der Vorjahresprognose des Vorstandes.

Die Zahlungen an Beihilfeempfänger sind mit 2.525 T€ auf Vorjahresniveau (2.527 T€). Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Ver-

sicherungsfälle konnte reduziert werden, sodass sich ein Abwicklungsgewinn von 85 T€ ergab.

Insgesamt sanken die Aufwendungen für Versicherungsfälle um 172 T€. Sie haben sich damit günstiger entwickelt als prognostiziert. Die Reduzierung ergibt sich im Wesentlichen aus der Auflösung der Rückstellung für Versicherungsfälle aus Vorjahren in Höhe von 85 T€. Im Vorjahr wurden dieser Rückstellung noch 85 T€ zugeführt. Die Zahlungen an die Beihilfeempfänger sind mit 2.525 T€ stabil geblieben (Vorjahr 2.527 T€).

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb haben sich um 13 T€ erwartungsgemäß auf 211 T€ erhöht.

Die Deckungsrückstellung wurde zum Bilanzstichtag 2023 um 2.801 T€ auf 130.708 T€ erhöht. Der Rechnungszins wurde von 0,975 % auf 0,9 % reduziert.

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung konnten 9.801 T€ zugeführt werden. Die dort angesammelten Mittel können satzungsgemäß dazu verwendet werden, Leistungen an Beihilfeempfänger zu erhöhen, Beiträge zu reduzieren oder die Sicherheit der Rechnungsgrundlagen zu verbessern. Eine Verwendung der Mittel muss von der Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2023 beträgt 154 T€ (Vorjahr 1.375 T€). Dieser Betrag wurde der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt.

Zusammenfassend ist der Verlauf des Geschäftsjahres 2023 unter den gegebenen Rahmenbedingungen sowie die wirtschaftliche Lage der Zusatzversorgungskasse als positiv zu bezeichnen. Dies gilt unverändert auch unter Berücksichtigung der Erkenntnisse vom Ende des Berichtszeitraumes bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Im Geschäftsjahr 2023 waren durchschnittlich vier Angestellte beschäftigt.

Beitrag

Die Beiträge werden gemäß Dienstleistungsvertrag von der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, eingezogen. Die Beitragseinnahmen der Zusatzversorgungskasse ergeben sich aus 1,2 % der Bruttolohnsumme der gewerblichen Arbeitnehmer sowie aus 20,00 € monatlich für jeden kaufmännischen oder technischen Angestellten.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden 19 Beihilfeberechtigte mit Anspruch auf eine monatliche Rentenbeihilfe von 9,20 € oder weniger durch Zahlung eines Einmalbetrages abgefunden (Vorjahr 54). Die durchschnittliche Abfindung aller bislang abgefundenen Rentner betrug 950,64 €. Im Bestand der Beihilfeberechtigten sind die abgefundenen Rentner nicht enthalten.

Entwicklung des Bestandes

Der Bestand der Beihilfeberechtigten der Zusatzversorgungskasse ist von 2.626 im Vorjahr auf 2.676 zum 31. Dezember 2023 gestiegen. Der Unterschied von 50 Beihilfeberechtigten ergibt sich aus Zugängen von 161 (Vorjahr 163) und von Abgängen aufgrund von Todesfällen von 111 (Vorjahr 130).

Von allen Beihilfeberechtigten waren 2.236 Männer und 440 Frauen.

Nachhaltigkeit im Sinne der Offenlegungsverordnung

Die Rentenbeihilfe und die Hinterbliebenenbeihilfe sind Finanzprodukte im Sinne der Offenlegungsverordnung, fallen aber nicht unter Artikel 8 Abs. 1 oder Artikel 9 Abs. 1, 2 oder 3 der Verordnung. Die diesem Finanzprodukt zugrundeliegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2023

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ¹
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	39.807	4.260	2.199	427	2.029.843
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	8.648	785	133	24	127.559
2. Sonstiger Zugang: aus ruhenden Zeitrenten			0	0	-
3. Gesamter Zugang	8.648	785	133	24	127.559
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod			96	11	81.876
2. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	7.774	621	0	0	-
3. Ausscheiden mit Zahlung von Abfindungen			0	0	-
4. Gesamter Abgang	7.774	621	96	11	81.876
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	40.681	4.424	2.236	440	2.075.525

¹ Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

Struktur des Bestandes

Zum 31. Dezember 2023 ergaben sich folgende Beihilfehöhen:

Leistungsempfänger der Zusatzversorgung

	Monatlicher Betrag der Beihilfen in €	2023 Summe	Davon gewerbliche Arbeitnehmer	Angestellte	2022 Summe
Vollbeihilfe	86,92	484	299	185	457
	77,72	748	505	243	729
	69,02	739	498	241	742
	56,24	263	185	78	259
Summe Vollbeihilfe		2.234	1.487	747	2.187
Teilbeihilfe	70,05	5	0	5	5
	62,38	5	1	4	5
	39,37	10	1	9	9
	34,77	49	10	39	52
	13,80	186	98	88	183
	9,20	168	98	70	172
	< 9,20	19	8	11	13
Summe Teilbeihilfe		442	216	226	439
Anzahl Gesamt		2.676	1.703	973	2.626

Eine Beihilfe wird zu einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder der gesetzlichen Unfallversicherung gewährt, sofern eine Erwerbsminderung von mindestens 50 % eintritt. Nach diesen Rentenarten ergibt sich folgende Verteilung:

Verteilung nach Rentenart

	31.12.2023		31.12.2022	
	Personen	in %	Personen	in %
Altersruhegeld	2.051	76,6	1.984	73,0
Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit	601	22,5	618	26,1
Unfall	24	0,9	24	0,9
Summe	2.676	100,0	2.626	100,0

1.3 Lage der Zusatzversorgungskasse

Ertragslage

Die Ertragslage der Zusatzversorgungskasse stellt sich anhand eines Auszuges aus der Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt dar:

	2023 in €	2022 in €	Veränderung in € in %	
Verdiente Beiträge	11.531.547,13	10.809.263,86	722.283,27	6,7
Ergebnis aus Kapitalanlagen	4.066.271,92	3.098.701,99	967.569,93	31,2
Sonstige versicherungstechnische Erträge	0,00	10.996.612,24	-10.996.612,24	-100,0
Sonstige Erträge	64.189,76	26.512,81	37.676,95	>100
Zwischenergebnis I	15.662.008,81	24.931.090,90	-9.269.082,09	-37,2
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	2.801.087,00	14.034.768,00	-11.233.681,00	-80,0
Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	9.800.644,94	6.485.351,95	3.315.292,99	51,1
Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.440.264,06	2.612.060,69	-171.796,63	-6,6
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	210.860,17	197.871,70	12.988,47	6,6
Sonstige Aufwendungen	255.092,75	225.951,79	29.140,96	12,9
Zwischenergebnis II	15.507.948,92	23.556.004,13	-8.048.055,21	-34,2
Jahresüberschuss	154.059,89	1.375.086,77	-1.221.026,88	-88,8
Einstellung in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	154.059,89	1.375.086,77	-1.221.026,88	-88,8
Bilanzgewinn	0,00	0,00	0,00	-

Die verdienten Beiträge sind insgesamt um 722 T€ bzw. 6,7 % auf 11.532 T€ angestiegen.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen – die Erträge abzüglich der auf die Kapitalanlage entfallenden Verwaltungsaufwendungen – erhöhte sich um 31,2 % auf 4.066 T€. Die ein-

zelenen Anlageklassen haben sehr unterschiedlich zum Ergebnis beigetragen. Die wesentlichen Ertragssteigerungen ergaben sich aus den Investmentanteilen, deren Ergebnis um 405 T€ auf 1.300 T€ stieg. Die Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren konnten um 344 € auf 2.677 T€ gesteigert werden.

Aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergab sich ein Ertrag von 170 T€ (Vorjahr 20 T€). Dabei handelte es sich um den Verkauf eines Mischfonds über dem Buchwert. Dieser erfolgte aus strategischen Gründen, da eine jederzeitige Verkaufsmöglichkeit aufgrund des Gesamtfondsvolumen aus Sicht des Vorstandes nicht gegeben war.

Die Nettoverzinsung für das Jahr 2023 konnte mit 2,68 % gegenüber dem Vorjahreswert von 2,2 % deutlich gesteigert werden.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle reduzierten sich in Summe um 172 T€ auf 2.440 T€. Die Reduzierung ergibt sich im Wesentlichen aus der Auflösung der Rückstellung für Versicherungsfälle aus Vorjahren in Höhe von 85 T€. Im Vorjahr wurden dieser Rückstellung noch 85 T€ zugeführt. Die Zahlungen an die Beihilfeempfänger sind mit 2.525 T€ stabil geblieben (Vorjahr 2.527 T€).

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb erhöhten sich auf 211 T€ (Vorjahr 198 T€).

Die Deckungsrückstellung wurde zum Bilanzstichtag 2023 um 2.801 T€ auf 130.708 T€ erhöht. Der Rechnungszins wurde von 0,975 % auf 0,9 % gesenkt.

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden 9.801 T€ zugeführt.

Der verbleibende Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2023 beträgt 154 T€ (Vorjahr 1.375 T€). Dieser Betrag wurde der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt. Diese hat nun eine Höhe von 7.189 T€ und entspricht 5,5 % der Deckungsrückstellung.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Zusatzversorgungskasse stellt sich anhand eines Auszuges aus der Bilanz wie folgt dar:

	31.12.2023 in €	31.12.2022 in €	Veränderung in € in %	
Aktiva				
Wertpapiere	158.346.140,29	144.974.531,66	13.371.608,63	9,2
Guthaben bei Kreditinstituten	2.162.569,34	3.080.455,96	-917.886,62	-29,8
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1.543.510,54	1.271.590,94	271.919,60	21,4
Sonstige Aktiva	2.115.642,94	1.992.470,26	123.172,68	6,2
Summe Aktiva	164.167.863,11	151.319.048,82	12.848.814,29	8,5
Passiva				
Eigenkapital	7.188.934,89	7.034.875,00	154.059,89	2,2
Versicherungstechnische Rückstellungen	154.109.689,30	141.592.957,36	12.516.731,94	8,8
Sonstige Passiva	2.869.238,92	2.691.216,46	178.022,46	6,6
Summe Passiva	164.167.863,11	151.319.048,82	12.848.814,29	8,5

Die Summe der Wertpapiere erhöhte sich um 13.372 T€ auf 158.346 T€. Der Bestand der Guthaben bei Kreditinstituten reduzierte sich um 918 T€ auf 2.163 T€.

Der Teilbestand der direkt gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere wurde um 11.563 T€ auf 112.584 T€ ausgebaut. Darunter befinden sich auch Nachranganleihen von Emittenten guter Bonität in Höhe von 19.631 T€. Der Anteil der direkt gehaltenen Wertpapiere an den gesamten Kapitalanlagen erhöhte sich von 69,7 % auf 71,1 %.

Der Bestand an Aktienfonds blieb unverändert, da keine Neuinvestitionen und keine Verkäufe vorgenommen wurden. Durch den Zuwachs des Kapitalanlagevolumens reduzierte sich die Aktienquote im Bestand von 6,5 % im Vorjahr auf 6,0 %. In Infrastrukturbeteiligungen wurden zusätzlich 1.263 T€ investiert, diese haben damit einen Anteil von 5,8 % am Kapitalanlageportfolio (Vorjahr 5,5 %). In Immobilienfonds wurden weitere 354 T€ investiert, sodass der Gesamtwert 13.861 T€ beträgt. Dies ergibt einen Anteil an den Kapital-

anlagen von 8,8 % (Vorjahr 9,3 %). Um 1.957 T€ auf ein Gesamtvolumen von 6.596 T€ ausgebaut wurden Anlagen in Fonds, die Kredite an Unternehmen vergeben. Deren Anteil an den gesamten Kapitalanlagen beträgt nunmehr 4,2 % (Vorjahr 3,2 %). Der Buchwert der Mischfonds fiel durch den Verkauf eines Fonds in Höhe von 1.765 € auf 1.856 T€ und macht damit nur noch einen Anteil am Gesamtbestand von 1,2 % (Vorjahr 2,5 %) aus.

Der Marktwert des Bestandes der gesamten Kapitalanlagen liegt um 7.380 T€ unter dem Buchwert (Vorjahr 13.738 T€). Davon entfallen 11.019 T€ auf festverzinsliche Wertpapiere. Die gesunkenen Zeitwerte sind darauf zurückzuführen, dass die Zinsen bei einem Großteil der Wertpapiere gegenüber dem Anschaffungszeitpunkt gestiegen sind.

Da die festverzinslichen Wertpapiere in der Regel bis zur Endfälligkeit gehalten und zum Nennwert zurückgezahlt werden, sinken die stillen Lasten planmäßig bis zum Rückzahlungszeitpunkt. Im Vergleich zum 31. Dezem-

ber 2022 haben sich die stillen Lasten bei den festverzinslichen Wertpapieren bereits um 4.689 T€ reduziert.

Die Bewertungsreserven der Investmentfonds, insbesondere der Aktienfonds, sind durch das gestiegene Kursniveau zum Bilanzstichtag um 1.669 T€ auf 2.612 T€ gestiegen.

Der Ist-Wert des Sicherungsvermögens beträgt am 31. Dezember 2023 149.062 T€. Es übersteigt die durch Kapitalanlagen zu bedeckenden versicherungstechnischen Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern um 13,9 % (Vorjahr 3,2 %).

Für die Kalkulation der Deckungsrückstellung wurde ein veränderter Technischer Geschäftsplan verwendet, der einen Rechnungszins von 0,9 % verwendet (Vorjahr 0,975 %). Die Deckungsrückstellung stieg um 2.801 T€ auf 130.708 T€.

In den Sonstigen Passiva sind nichtversicherungstechnische Rückstellungen und Verbindlichkeiten enthalten. Der Zuwachs um 154 T€ auf 2.827 T€ ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der Rückstellung für den Beitragsausgleich 104 T€ zugeführt wurden. Diese ergeben sich daraus, dass die tatsächlichen Beitragseinnahmen im Jahr 2023 um diesen Betrag höher waren als die bei der Kalkulation der Deckungsrückstellung verwendeten versicherungstechnischen Beiträge.

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden 9.801 T€ zugeführt, sodass diese zum Bilanzstichtag 2023 eine Höhe von 19.584 T€ hat. Die dort angesammelten Mittel können nach den Bestimmungen der Satzung der Zusatzversorgungskasse mittelfristig dazu verwendet werden, Leistungen an Beihilfeempfänger zu erhöhen, Beiträge zu reduzieren oder die Sicherheit der Rechnungsgrundlagen zu verbessern.

Die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG umfasst nach der Zuführung des Jahresüberschusses in Höhe von 154 T€ nunmehr 7.189 T€. Das Verhältnis der Verlustrücklage zur Deckungsrückstellung entspricht 5,5 % (Vorjahr 5,5 %).

Die versicherungsaufsichtsrechtlichen Solva-

bilitätsanforderungen werden von der Zusatzversorgungskasse übererfüllt. Die Soll-Solvabilität ist durch Eigenmittel der Zusatzversorgungskasse in Höhe von 465,4 % gedeckt.

Insgesamt ist die Vermögenslage der Zusatzversorgungskasse als unverändert solide zu bezeichnen.

1.4 Prognose-, Chancen- und Risikobereich

Die Entwicklung des Gerüstbauer-Handwerks wird im Jahr 2024 von der Entwicklung der Bauwirtschaft beeinflusst werden. Insbesondere der Wohnungsbau leidet darunter, dass die Kosten der Baufinanzierung für Bauherren deutlich gestiegen sind. Die Baukosten verteuern sich durch den Anstieg von Materialkosten.

Die Folge ist, dass private Haushalte und Immobilienentwickler Bauvorhaben zurückstellen. Der Staat versucht durch verschiedene Maßnahmen gegenzusteuern. Diese umfassen zum Beispiel steuerliche Anreize, Förderprogramme für klimafreundliches Bauen, Planungsvereinfachungen und ein Ausweiten des Sozialen Wohnungsbaus. Einige dieser Maßnahmen sind angekündigt, aber noch nicht in der konkreten Umsetzung. Insbesondere Förderprogramme könnten durch die bestehenden Budgetengpässe erneut hinterfragt werden.

Für das Jahr 2024 ist die Baubranche im Wohnungsbau weiterhin pessimistisch. Auch für den Bereich des Wirtschaftsbaus (Verwaltungsgebäude, Produktionsstätten, Lagerhallen) und im öffentlichen Bau werden negative Umsatzentwicklungen prognostiziert. Die Vergabe von neuen Aufträgen an Gerüstbaubetriebe wird daher sinken, bestehende Projekte werden sukzessive abgeschlossen. Daher sind aus dem Bausektor für das Gerüstbauer-Handwerk keine Impulse zu erwarten.

Positiv auf die Auftragslage wird sich im Gerüstbau die Gebäudesanierung und die Förderung von alternativen Energien auswirken. Private Haushalte investieren in Maßnahmen zum Energiesparen oder zur regenerativen Energieerzeugung. Dazu werden häufig Gerüste benötigt.

Im Industrierüstbau ist zu erwarten, dass besonders die energieintensiven Branchen wie schon im Jahr 2023 zurückhaltend in ihre Produktionsstandorte investieren, sodass auch in diesem Bereich allenfalls mit einer stabilen Auftragslage zu rechnen ist.

Insgesamt erwartet der Vorstand bei den Inlandsbetrieben, dass sich die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer aufgrund der Auftragslage und des Arbeitskräftemangels leicht reduzieren wird. Betriebe werden versuchen, ihre Stammebelegschaft auszulasten und damit zu halten, bei Neueinstellungen aber eher zurückhaltend sein. Bei den Angestellten wird von einem leichten Zuwachs ausgegangen. In Summe sind stagnierende Beschäftigtenzahlen zu erwarten. Bei den Bruttolohnsummen der gewerblichen Arbeitnehmer geht der Vorstand von marktbedingten Lohnsteigerungen aus, sodass insgesamt ein moderates Beitragswachstum zu erwarten ist.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen wird im Jahr 2024 vornehmlich vom Verlauf der Entwicklung der Kapitalmärkte abhängen. Wesentliche Faktoren sind hier

- das Niveau der Kapitalmarktzinsen, das wesentlich von den Maßnahmen der Notenbanken zur Steuerung der Inflation abhängen wird sowie
- die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten, die sich durchaus ausweiten und damit erhebliche weltpolitische und wirtschaftliche Auswirkungen haben können.

Da sich die Kapitalmärkte im Jahr 2023 sehr robust gezeigt haben, schätzt der Vorstand das Szenario, dass sich die Märkte weiterhin stabil entwickeln, als wahrscheinlich ein. Für die Kapitalmarktzinsen ist im zweiten Halbjahr 2024 mit einer Reduzierung der Leitzinsen zu rechnen.

Im Hinblick auf die Struktur des Kapitalanlagebestandes verfolgt die Zusatzversorgungskasse weiterhin das strategische Ziel, die Anlagen zu diversifizieren. Die Phase der erhöhten Renditen soll aber im Jahr 2024 weiterhin genutzt werden, um das Portfolio der festverzinslichen Wertpapiere um bonitätsstarke Papiere wie Pfandbriefe und Staatsanleihen auszubauen.

Eine Ausweitung der Investitionen in Immobilien-, Infrastruktur- und Kreditfonds ist nicht geplant. Investitionen erfolgen nur im Rahmen bereits erfolgter Kapitalzusagen.

Insgesamt sieht der Vorstand für das Kapitalanlageergebnis unter den erwarteten Rahmenbedingungen Potenzial für eine moderate Ertragsverbesserung, die sowohl von der Neu- und Wiederanlage zu besseren Konditionen als auch dem Wachstum des Kapitalanlagebestandes ausgeht.

Der Bestand der Beihilfeempfänger wird im Geschäftsjahr 2024 weiterhin planmäßig anwachsen. Daher werden sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle moderat erhöhen.

Bei den Verwaltungskosten ist eine leichte Erhöhung zu erwarten, da bei den Gehältern aufgrund von Lohnanpassungen und von steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen von einem Anstieg auszugehen ist.

Für das Geschäftsjahr 2024 ist insbesondere durch die verbesserte Kapitalmarktlage und den niedrigeren Rechnungszins ein deutlich höherer Rohüberschuss als für das Geschäftsjahr 2023 zu erwarten. Dieser soll für die Dotierung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und die Verstärkung der Verlustrücklage verwendet werden.

Ein wesentlicher Faktor für die Risikosituation der Zusatzversorgungskasse im Jahr 2024 ist, wie bereits im Vorjahr, der weitere Verlauf der Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten.

Den Risiken, denen die Zusatzversorgungskasse im Rahmen ihres Geschäftsbetriebes ausgesetzt ist, wird in angemessener Weise begegnet. Das dazu eingesetzte Risikomanagement umfasst den gesamten Risikokontrollprozess in Form der periodischen Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung der bestehenden Risiken.

Zur Deckung von Risiken wird kalkulatorisches Risikokapital zur Verfügung gestellt, um die Risikotragfähigkeit im Falle der Realisierung von Risiken sicherzustellen.

Das Kapitalanlagerisiko wird dabei wesentlich von den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu den zulässigen Kapitalanlagearten sowie

deren Mischung und Streuung begrenzt. Diese werden ergänzt durch die interne Kapitalanlagerichtlinie, die gegenüber den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen weitere Präzisierungen und Einschränkungen vorsieht.

Die Ausfallrisiken auf der Kapitalanlageseite werden durch Investition in Kapitalanlagearten mit besonderer Besicherung, öffentlichen Anleihen, Pfandbriefen oder Wertpapieren beschränkt, die den deutschen Einlagensicherungssystemen unterliegen. Ungesicherte Wertpapiere können nur von Emittenten mit ausreichend hoher Bonität (Investment Grade) gekauft werden. Darüber hinaus gibt es aus der internen Kapitalanlagerichtlinie weitere Beschränkungen hinsichtlich des maximalen Volumens je Emittent. Investitionen in risikoreichere Anlagen werden nur über Fondslösungen umgesetzt, die entsprechende Streuung innerhalb der Anlagen beinhalten.

Das Zinsänderungsrisiko besteht in der nachhaltigen Reduzierung der Verzinsung des Kapitalanlagebestandes, die eine Erwirtschaftung des Rechnungszinses erschwert oder gefährdet. Dieses Risiko ist durch die Senkung des Rechnungszinses auf 0,9 % und die Erhöhung des Zinsniveaus am Kapitalmarkt deutlich reduziert.

Aktienkursrisiken ergeben sich durch die gehaltenen Aktienfonds. Diese steigen mit Erhöhung der Investitionen in Aktien- sowie in Mischfonds, die ebenfalls zu einem signifikanten Anteil in Aktien investieren, an. Das daraus entstehende Risiko wird durch eine explizite Begrenzung der Anteile an der gesamten Kapitalanlage beschränkt. Darüber hinaus ist das Risiko von Kursschwankungen einzelner Titel durch den Erwerb von Fonds, die sich auf breit gestreute Indizes beziehen, reduziert. Die Wertentwicklung der Fonds wird laufend beobachtet.

Das versicherungstechnische Risiko besteht für die Zusatzversorgungskasse im Wesentlichen in der Veränderung der kalkulatorischen Grundlagen für die Ermittlung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Der Verantwortliche Aktuar der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG gleicht die tatsächlichen Gegebenheiten mit denen ab, die dem Technischen Geschäftsplan zugrunde liegen. Zum 31. Dezember 2023

konnten keine wesentlichen Veränderungen festgestellt werden.

Zufallsrisiken in Form einer hohen Anzahl von Versicherungsfällen oder Ausfallsummen sind aufgrund der Struktur der Leistungen, besonders den niedrigen absoluten Beihilfehöhen, von untergeordneter Bedeutung.

Liquiditätsrisiken bestehen auch nur in unerheblichem Maße, da unvorhergesehene Zahlungen nur in geringen Höhen im Bereich der Leistungsaufwendungen auftreten könnten. Die Verwaltungsaufwendungen sind ebenfalls wenig schwankend. Dem gegenüber stehen planbare Zuflüsse an Zahlungsmitteln in Form von Beitragseinnahmen und Kapitalanlageerträgen. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit kann durch eine entsprechende Planung sichergestellt werden.

Nachhaltigkeitsrisiken, also Risiken aus der Nichtbeachtung ökologischer, sozialer und ethischer Kriterien, entstehen besonders im Zusammenhang mit der Kapitalanlage. Sie beeinflussen Marktpreise, Rendite und Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelner Investments und werden daher im Rahmen der Kapitalanlage berücksichtigt.

Den operationalen Risiken, z.B. im Hinblick auf die Verfügbarkeit von IT-Systemen, Risiken von Cyber-Attacken, Verfügbarkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Betrug, wird durch organisatorische Maßnahmen ausreichend Rechnung getragen.

Veränderungen der für den Geschäftsbetrieb der Zusatzversorgungskasse relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen werden laufend beobachtet.

Die vorhandenen Rücklagen in Verbindung mit dem eingerichteten internen Kontroll- und Steuerungssystem rechtfertigen weiterhin die Übernahme kalkulierter Risiken.

2. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2023 der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden

Aktiva	31.12.2023			31.12.2022		
	in €	in €	in €	in €	in €	in €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			0,00			1.336,00
B. Kapitalanlagen						
I. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		45.762.085,67			43.953.407,58	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		43.886.833,40			42.287.416,68	
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	44.136.915,60			37.166.807,40		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>24.560.305,62</u>	68.697.221,22		<u>21.566.900,00</u>	58.733.707,40	
4. Einlagen bei Kreditinstituten		<u>1.300.000,00</u>			<u>0,00</u>	
			159.646.140,29			144.974.531,66
C. Forderungen						
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Mitglieds- und Trägerunternehmen		1.995.024,88			1.928.595,94	
II. Sonstige Forderungen		<u>24.718,74</u>			<u>4.725,00</u>	
			2.019.743,62			1.933.320,94
D. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte		61.918,00			23.832,00	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		<u>862.569,34</u>			<u>3.080.455,96</u>	
			924.487,34			3.104.287,96
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1.543.510,54			1.271.590,94	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>33.981,32</u>			<u>33.981,32</u>	
			1.577.491,86			1.305.572,26
Summe der Aktiva			164.167.863,11			151.319.048,82

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Wiesbaden, 25. März 2024

Treuhänder: Christoffer Pracht

Passiva	31.12.2023			31.12.2022		
	in €	in €	in €	in €	in €	in €
A. Eigenkapital						
I. Gewinnrücklagen						
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			7.188.934,89			7.034.875,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen						
I. Deckungsrückstellung	130.707.907,00			127.906.820,00		
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		115.000,00			200.000,00	
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		19.583.924,69			9.783.279,75	
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>3.702.857,61</u>			<u>3.702.857,61</u>	
			154.109.689,30			141.592.957,36
C. Andere Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.051.200,00			2.062.294,00	
II. Sonstige Rückstellungen		<u>775.395,29</u>			<u>610.750,33</u>	
			2.826.595,29			2.673.044,33
D. Andere Verbindlichkeiten						
I. Sonstige Verbindlichkeiten			42.643,63			18.172,13
Summe der Passiva			164.167.863,11			151.319.048,82

Ich bestätige gemäß § 141 VAG, dass die Deckungsrückstellung zum Stichtag 31. Dezember 2023 nach dem am 21. März 2024 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Technischen Geschäftsplan (VA 16-I 5500/00017#00129) berechnet worden ist.

Ober-Olm, 28. März 2024

Verantwortlicher Aktuar: Johannes Nattermann

3. Gewinn- und Verlustrechnung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, für die Zeit vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

	2023		2022	
	in €	in €	in €	in €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge				
Gebuchte Bruttobeiträge		11.531.547,13		10.809.263,86
2. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	4.055.433,73		3.233.745,06	
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	170.351,99		20.325,74	
		4.225.785,72		3.254.070,80
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00		10.996.612,24
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	2.525.264,06		2.527.060,69	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	- 85.000,00		85.000,00	
		2.440.264,06		2.612.060,69
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
Deckungsrückstellung		2.801.087,00		14.034.768,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückstellungen		9.800.644,94		6.485.351,95
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
Verwaltungsaufwendungen		210.860,17		197.871,70
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen		159.513,80		155.368,81
9. Versicherungstechnisches Ergebnis		344.962,88		1.574.525,75

	2023		2022	
	in €	in €	in €	in €
Übertrag		344.962,88		1.574.525,75
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	64.189,76		26.512,81	
2. Sonstige Aufwendungen davon aus der Aufzinsung 23.469,00 € (Vorjahr: 65.407,00 €)	<u>255.092,75</u>		<u>225.951,79</u>	
		190.902,99		199.438,98
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		154.059,89		1.375.086,77
4. Jahresüberschuss		154.059,89		1.375.086,77
5. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		154.059,89		1.375.086,77
6. Bilanzgewinn		0,00		0,00



4. Anhang

1. Allgemeine Angaben

Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG mit Sitz in Wiesbaden untersteht der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn (Registernummer: 2242).

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256a, 264 bis 288 und 341 ff. HGB, den besonderen Vorschriften des VAG, der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und der Satzung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG erstellt. Die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Formblattvorschriften für Versicherungsunternehmen gegliedert. Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögens-, Schuld- und Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften sowie der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (Software) sowie die **Sachanlagen** (Betriebs- und Geschäftsausstattung) sind mit ihren Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für geringwertige Vermögensgegenstände wird § 6 Abs. 2a EStG analog angewandt. Die immateriellen Vermögensgegenstände (EDV-Programme) sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung bilanziert. Für immaterielle Vermögensgegenstände sowie Sachanlagen wird eine vierjährige, für EDV-Programme eine fünfjährige Abschreibungsdauer zugrunde gelegt.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen und werden wie Anlagevermögen bewertet. Es wurde das Wahlrecht nach § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB in Anspruch genommen, sodass die Bewertung zum 31. Dezember 2023 zu fortgeführten Anschaf-

fungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips erfolgte. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei nachhaltiger Bonitätsverschlechterung der Emittenten.

Namensschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB zum Nennwert, **Schuldscheinforderungen und Darlehen** nach § 341c Abs. 3 HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Werden Wertpapiere mit Agio erworben, wird das Agio dieser Wertpapiere über die Restlaufzeit abgeschrieben.

Die Zeitwerte von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren entsprechen den Börsenkursen zum 31. Dezember 2023. Für die Zeitwerte der Investmentanteile wurde der Nettoinventarwert zum Bilanzstichtag angesetzt. Bei Sonstigen Ausleihungen, für die kein täglicher Rücknahmepreis feststellbar ist, wurden die Zeitwerte mittels fristenkongruenter Zinsstrukturkurven zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung der Bonität des Emittenten ermittelt.

Zur Feststellung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung insbesondere öffentlich gehandelter Anteile oder Aktien an Investmentvermögen werden die vom Versicherungsfachausschuss des IDW empfohlenen Aufgreifkriterien verwendet. Demzufolge kann eine dauerhafte Wertminderung immer dann vorliegen, wenn der Zeitwert eines Wertpapiers in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt sowie für den Fall, dass der Durchschnittswert der täglichen Börsenkurse in den letzten 12 Monaten um mehr als 10 % unter dem Buchwert liegt.

Zur Beurteilung des Vorliegens einer dauerhaften Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bilanziert werden, werden Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen der Ratings hinzugezogen.

Laufende Guthaben sowie Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten wurden zum Nennwert bewertet; dem Risiko des Forde-

rungsausfalls wurde durch Wertberichtigungen Rechnung getragen. Der Zeitwert entspricht dem Nennwert.

Kapitalanlagen in Fremdwährung sowie Währungsumrechnungen wurden nicht getätigt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde zum 31. Dezember 2023 gemäß § 336 in Verbindung mit § 233 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 VAG nach dem Technischen Geschäftsplan vom März 2024 berechnet, der mit Schreiben vom 13. März 2024 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zur Genehmigung eingereicht wurde. Die Genehmigung wurde am 21. März 2024 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erteilt. Der Berechnung der Deckungsrückstellung liegt das versicherungsmathematische Gutachten des Aktuariats Johannes Nattermann, Ober-Olm, vom 13. März 2024 zugrunde.

Die Rechnungsgrundlagen sind modifizierte Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Verlag: Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, mit einem Rechnungszins von 0,9 %. Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch die Rückstellung für Eintrittsverluste.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** beinhaltet die per 31. Dezember 2023 noch nicht abgewickelten konkreten und ungewissen Versicherungsfälle, einschließlich Spätschäden, zuzüglich hierauf entfallender Regulierungsaufwendungen. In die Ermittlung fließen die bereits bekannten, noch nicht abschließend bearbeiteten Versicherungsfälle sowie Schätzungen zu nachträglich eingereichten Versicherungsfällen aufgrund von Erfahrungswerten ein.

Den **Sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** sind satzungsgemäß Überschüsse aus früheren Geschäftsjahren zur Finanzierung des befristet zugesagten Teiles der Beihilfen zugewiesen worden.

Der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** wurden die Teile des Jahresüberschusses zugeführt, die nicht als Eigenmittel benötigt werden. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung kann nach Beschluss der Mitgliederversammlung nach Erreichen einer angemessenen Höhe zur Erhöhung der Leistungen oder zur Senkung der Beiträge verwendet werden.

Für die Berechnung der **Pensionsrückstellung** wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Verlag: Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, berücksichtigt. Dabei wurde nach § 253 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 6 HGB der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzins der letzten 10 Jahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 1,82 % p.a. verwendet.

Für die Dynamik der anrechenbaren Bezüge wurden 2,5 % angenommen und für die Anpassung laufender Renten 1,0 %.

Als Bewertungsmethode wurde das Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) verwendet.

Die in den **sonstigen Rückstellungen** enthaltene **Jubiläumsrückstellung** wurde auf Basis der zukünftigen, tarifvertraglich vereinbarten Jubiläumszuwendungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zusatzversorgungskasse unter Verwendung eines Abzinsungssatzes von 1,74 % p.a. berechnet.

Die ebenfalls den sonstigen Rückstellungen zuzurechnende Rückstellung für satzungsgemäßen Beitragsausgleich, die Rückstellung für Arbeitnehmer aus dem Bundesland Berlin für etwaige Ansprüche aus Beitragsdifferenzen, die zurückgestellten Kosten für den Aktuar, die Abschlussprüferkosten sowie die Berufsgenossenschaftsbeiträge wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Die Restlaufzeit beträgt jeweils weniger als ein Jahr.

Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr. Es liegt keine Besicherung durch Pfandrechte oder vergleichbare Rechte vor.

3. Angaben zur Jahresbilanz

3.1 Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2023

Die immateriellen Vermögensgegenstände sowie die Kapitalanlagen entwickelten sich im Geschäftsjahr 2023 wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Aktivposten

	Bilanzwert 31.12.2022 T€	Zu- gänge T€	Um- buchung T€	Ab- gänge T€	Abschrei- bungen T€	Bilanzwert 31.12.2023 T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1	0	0	1	0	0
2. Summe	1	0	0	1	0	0
B. Kapitalanlagen						
I. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	43.953	5.405	0	3.596	0	45.762
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42.287	8.982	0	7.382	0	43.887
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	37.167	8.000	0	1.030	0	44.137
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	21.567	3.500	0	507	0	24.560
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	1.300	0	0	0	1.300
5. Summe	144.975	27.186	0	12.515	0	159.646
Gesamt	144.976	27.186	0	12.516	0	159.646

3.2 Zeitwert der Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erhalten im Vorjahresvergleich folgende stille Reserven und stille Lasten:

a) Zum 31. Dezember 2023

	Buchwert in €	Zeitwert in €	Stille Reserven in €	Stille Lasten in €
Investmentanteile ¹	45.762.085,67	48.373.947,23	3.280.067,36	-668.205,80
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²	43.886.833,40	42.165.722,50	421.398,32	-2.142.509,22
Namenschuldverschreibungen ³	44.136.915,60	22.480.450,00	226.500,00	-6.570.615,60
Schuldscheindarlehen ³	24.560.305,62	37.946.150,00	379.850,00	-2.306.355,62
Einlagen bei Kreditinstituten	1.300.000,00	1.300.000,00	0,00	0,00
Gesamt	159.646.140,29	152.266.269,73	4.307.815,68	-11.687.686,24

b) Zum 31. Dezember 2022

	Buchwert in €	Zeitwert in €	Stille Reserven in €	Stille Lasten in €
Investmentanteile ¹	43.953.407,58	44.896.070,10	2.009.574,35	-1.066.911,83
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²	42.287.416,68	38.872.662,70	147.246,31	-3.562.000,29
Namenschuldverschreibungen ³	37.166.807,40	29.348.881,78	0,00	-7.817.925,62
Schuldscheindarlehen ³	21.566.900,00	18.119.150,00	0,00	-3.447.750,00
Gesamt	144.974.531,66	131.236.764,58	2.156.820,66	-15.894.587,74

¹ Als Zeitwert der Investmentanteile wurde der Nettoinventarwert (NAV) zum Stichtag angesetzt.

² Der Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde anhand der Börsenkurswerte zum Bilanzstichtag ermittelt.

³ Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen zum Bilanzstichtag wurden mittels Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung der Bonität des Emittenten als Barwert ermittelt.

Der Buchwert der Investmentanteile mit stillen Reserven liegt bei 33.430.368,08 €, der Zeitwert liegt bei 36.710.435,44 €. Es handelt sich dabei um im Bestand befindliche Aktien-, Renten- und Mischfonds sowie Anteile an Spezialfonds im Bereich Immobilien, Infrastruktur und Unternehmenskrediten. Der überwiegende Anteil der stillen Reserven entfällt mit 1.865.696,82 € auf Aktienfonds. Investmentanteile mit stillen Lasten haben einen Buchwert von 12.331.717,59 € und einen Zeitwert von 11.663.511,79 €.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 18.107.815,68 € haben stille Reserven in Höhe von 421.398,32 €. Inhaberpapiere mit einem Buchwert von 25.779.017,72 € tragen stille Lasten in Höhe von 2.142.509,22 €, die im Wesentlichen auf Marktziinsänderungen gegenüber dem Anschaffungszeitpunkt zurückzuführen sind.

Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert von 11.559.805,62 € weisen zum Bilanzstichtag stille Reserven in Höhe von 606.350,00 € aus. Stille Lasten im Umfang von 8.876.971,22 € tragen Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert von 57.137.415,60 €. Der gesunkene Marktwert wird im Wesentlichen durch gestiegene Marktzinsen verursacht. Zudem werden bei der Zeitwertermittlung von den depotführenden Banken Liquiditätsabschläge vorgenommen.

Insgesamt liegt bei den festverzinslichen Wertpapieren mit stillen Lasten keine erhebliche Bonitätsverschlechterung der Emittenten vor, die zu einer dauernden Wertminderung führt. Es gibt keine Anzeichen einer Gefährdung der Rückzahlung des Nominalbetrages zum jeweiligen Laufzeitende. Abschreibungen waren bei den festverzinslichen Wertpapieren insoweit nicht erforderlich.

3.3 Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieds- und Trägerunternehmen

Beim Betrag von 1.995.024,88 € handelt es sich um Beitragsforderungen aufgrund von Bruttolohnsummen- und Beitragsmeldungen

der Betriebe.

3.4 Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten laufende Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 862.271,52 €, den Kassenbestand in Höhe von 297,82 € sowie Sachanlagen in Höhe von 61.918,00 €.

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

a) Anlagegitter

Anlageklasse	Buchwert 31.12.2023 in €	Buchwert 31.12.2022 in €
Sachanlagen	44.631,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.003,00	8.325,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	10.284,00	15.507,00
Gesamt	61.918,00	23.832,00

b) Anschaffungs- und Herstellungskosten

Anlagekategorie	Anfangsbestand 01.01.2023 in €	Zugänge in €	Abgänge in €	Umbuchungen in €	Endbestand 31.12.2023 in €
Sachanlagen	40.049,00	55.790,50	40.049,00	0,00	55.790,50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.318,67	0,00	0,00	0,00	13.318,67
Geringwertige Wirtschaftsgüter	30.814,70	0,00	0,00	0,00	30.814,70
Gesamt	84.182,37	55.790,50	40.049,00	0,00	99.923,87

c) Kumulierte Abschreibungen

Anlagekategorie	Kumulierte Abschreibungen zum 01.01.2023 in €	Davon auf Zugänge in €	Davon auf Abgänge in €	Davon auf Bestand in €	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2023 in €
Sachanlagen	40.049,00	11.159,50	40.049,00	0,00	11.159,50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.947,92	0,00	0,00	1.322,00	6.269,92
Geringwertige Wirtschaftsgüter	15.353,45	0,00	0,00	5.223,00	20.576,45
Gesamt	60.350,37	11.159,50	40.049,00	6.545,00	38.005,87

3.5 Rechnungsabgrenzungsposten

	Bilanzwert 31.12.2023 in €	Bilanzwert 31.12.2022 in €
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1.543.510,54	1.271.590,94
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	33.981,32	33.981,32
Gesamt	1.577.491,86	1.305.572,26

Abgegrenzte Zinsen und Mieten sind anteilige Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren, die zum Bilanzstichtag noch nicht fällig waren.

3.6 Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht aus der satzungsgemäßen Verlustrücklage gemäß § 193 VAG.

	Verlustrücklage gemäß § 193 VAG in €
Bestand 31.12.2022	7.034.875,00
- Zuführung aus Jahresüberschuss 2023	154.059,89
Bestand 31.12.2023	7.188.934,89

Die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG entspricht 5,50 % (im Vorjahr 5,50 %) der Deckungsrückstellung in Höhe von 130.707.907,00 €.

3.7 Versicherungstechnische Rückstellungen

Es wurden keine Versicherungsgeschäfte in Rückdeckung gegeben.

	Deckungs- rückstellung ¹	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungs- fälle ²	Rückstellung für erfolgs- abhängige und erfolgs- unabhängige Beitragsrück- erstattung ³	Sonstige versicherungs- technische Rückstellung = Rückstellung für befristet zugesagte Beihilfen ⁴
	in €	in €	in €	in €
Rückstellungen 31.12.2022	127.906.820,00	200.000,00	9.783.279,75	3.702.857,61
Abzüglich Verbrauch (Verminderung) im GJ	0,00	11.648,67	0,00	0,00
Abzüglich Auflösung	0,00	188.351,33	0,00	0,00
Zwischensumme	127.906.820,00	0,00	9.783.279,75	3.702.857,61
Zuführungen (Erhöhungen) im GJ	2.801.087,00	115.000,00	9.800.644,94	0,00
Rückstellungen 31.12.2023	130.707.907,00	115.000,00	19.583.924,69	3.702.857,61

1 Die Deckungsrückstellung enthält die Rückstellung für Eintrittsverluste in Höhe von 1.761.788,00 € (Vorjahr 2.324.762,00 €).

2 Davon Rückstellung für Schadenregulierungskosten in Höhe von 12.500,00 € (Vorjahr 12.500,00 €).

3 Sobald die Rückstellung einen Betrag erreicht hat, der eine angemessene Erhöhung oder Ergänzung der Beihilfe oder eine Ermäßigung der Beiträge rechtfertigen würde, hat die Mitgliederversammlung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG auf Vorschlag des Vorstandes, nach Anhörung des Sachverständigen, über Zeitpunkt und Art der Verwendung zu entscheiden. Der Beschluss bedarf der Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde.

4 Die Rückstellung für befristet zugesagte Beihilfen deckt den Teil der Leistungen, der laut den Allgemeinen Versicherungsbedingungen bis zum 31. Dezember 2024 zugesagt ist.

3.8 Andere Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten

3.8.1 Pensionsrückstellung

	Bilanzwert 31.12.2023 in € ¹	Bilanzwert 31.12.2022 in €
Pensionsrückstellung	2.051.200,00	2.062.294,00

¹ Als Abzinsungssatz wurde der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzins der letzten 10 Jahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 1,82 % p.a. verwendet. Bei einer Berechnung mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten sieben Jahre in Höhe von 1,74 % würde die Pensionsrückstellung zum 31. Dezember 2023 2.076.730,00 € betragen. Der Unterschiedsbetrag von 25.530,00 € unterliegt einer Ausschüttungssperre.



3.8.2 Sonstige Rückstellungen

	Bilanzwert 31.12.2022 in €	Verbrauch in €	Auflösung / Mehrverbrauch in €	Zuführung in €	Bilanzwert 31.12.2023 in €
Rückstellung für satzungsgemäßen Beitragsausgleich	582.604,82	0,00	0,00	103.539,34	686.144,16
Versicherungsmathematische Gutachten	12.500,00	12.500,00	0,00	60.000,00	60.000,00
Jahresabschlussprüferkosten	11.000,00	11.000,00	0,00	25.000,00	25.000,00
Jubiläumsrückstellungen	3.543,10	0,00	42,59	0,00	3.500,51
Archivierungsrückstellungen	302,41	0,00	0,00	148,21	450,62
Berufsgenossenschaftsbeiträge	800,00	129,47	670,53	300,00	300,00
Gesamt	610.750,33	23.629,47	713,12	188.987,55	775.395,29

Die Rückstellung für den Beitragsausgleich enthält die Differenz zwischen dem von den Betrieben gezahlten und den in der Satzung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG festgelegten versicherungstechnischen Beitrag.

3.8.3 Verbindlichkeiten

	Bilanzwert 31.12.2023 in €	Bilanzwert 31.12.2022 in €
Sonstige Verbindlichkeiten	42.643,63	18.172,13
Davon Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	42.643,63	18.172,13

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um offene Rechnungen (38.575,04 €), fällige Bankgebühren (2.762,90 €) und Verbindlichkeiten gegenüber der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, (1.305,69 €).



4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Verdiente Beiträge

Bei den vereinnahmten Beiträgen handelt es sich um laufende Beiträge aus Einzelversicherungen in Höhe von 1,2 % der Bruttolohnsummen von gewerblichen Arbeitnehmern und von 20,00 € für jeden kaufmännischen sowie technischen Angestellten. Diese Beiträge werden gemäß Dienstleistungsvertrag von der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, eingezogen und an die Zusatzversorgungskasse weitergeleitet. Die Versicherten haben keinen Anspruch auf eine Gewinnbeteiligung.

	2023 in €	2022 in €
Laufende Beiträge	11.531.547,13	10.809.263,86

4.2 Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 971.714,92 € auf 4.225.785,72 € erhöht.

	2023 in €	2022 in €
Investmentanteile	1.368.142,02	894.672,67
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.043.744,27	961.345,81
Namensschuldverschreibungen	1.007.455,45	840.344,66
Schuldscheindarlehen	625.539,01	531.348,59
Termingelder	10.551,98	6.033,33
Gewinn aus dem Abgang von Kapitalanlagen	170.351,99	20.325,74
Erträge aus Kapitalanlagen	4.225.785,72	3.254.070,80

4.3 Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle haben sich um 171.796,63 € auf 2.440.264,06 € reduziert. Die Reduzierung resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung der Rückstellung für Versicherungsfälle. Diese konnte reduziert werden, sodass sich ein Abwicklungsgewinn von 85.000,00 € ergab. Die Auszahlungen für Versicherungsfälle sind mit 2.525.264,06 € nahezu unverändert (Vorjahr 2.527.060,69 €).

4.4 Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Der Deckungsrückstellung wurde auf Basis der Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG 2.801.087,00 € zugeführt.

4.5 Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses

Für Jahresabschlussprüfungsleistungen wurde für das Geschäftsjahr 2023 ein Aufwand in Höhe von 25.000,00 € berücksichtigt.

4.6 Personalaufwendungen

	2023 in €	2022 in €
Löhne und Gehälter	352.386,64	333.956,95
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	121.652,92	124.188,59
Aufwendungen für Altersversorgung	2.067,35	1.961,95
Aufwendungen insgesamt	476.106,91	460.107,49



5. Anzahl der Beschäftigten

Während des Geschäftsjahres 2023 waren im Durchschnitt unverändert zwei Vorstandsmitglieder sowie vier Beschäftigte angestellt, darunter eine Vollzeitkraft und drei Teilzeitkräfte mit einer zusammengerechneten Mitarbeiterkapazität von 3,1 Vollzeitkräften (Vorjahr 3,1).

6. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es liegen zum Bilanzstichtag keine im Jahresabschluss angabepflichtigen Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB vor.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen aus den Dienst- und Arbeitsverträgen sowie dem bis zum 31. Dezember 2030 laufenden Mietvertrag für die Geschäftsräume der Zusatzversorgungskasse in 65189 Wiesbaden, Wittelsbacher Straße 20-26/Welfenstraße 4-4d, aus dem eine Mietverpflichtung in Höhe von 460.178,88 € besteht.

Darüber hinaus bestehen Verpflichtungen aus der Zeichnung von vier Immobilienfonds, für die Kapitalzusagen von 14.000.000,00 € getroffen wurden. Zum 31. Dezember 2023 wurden 13.861.458,00 € bereits abgerufen, sodass noch eine Verpflichtung von 138.542,00 € besteht. Für Beteiligungen an fünf Infrastrukturinvestments wurden 16.000.000,00 € zugesagt, von denen bereits 9.260.306,00 € abgerufen wurden. Aus den noch nicht abgerufenen, zugesagten Beträgen bestehen noch Verpflichtungen in Höhe von 6.739.694,00 €. Für Kreditfonds bestehen Zusagen in Höhe von 6.000.000,00 €, davon wurden 4.167.582,00 € abgerufen, sodass eine Verpflichtung in Höhe von 1.832.418,00 € besteht. Für Fonds, die Fremdkapital an Infrastrukturprojekte vergeben, liegen Zusagen von 4.000.000,00 € vor. Von dieser wurden 2.443.339,00 € in Anspruch genommen, sodass eine offene Zahlungsverpflichtung von 1.556.661,00 € verbleibt.

Das Gesamtvolumen der genannten Verpflichtungen beträgt 10.727.493,88 €.

7. Erklärung des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, ist mit keinem anderen Unternehmen verbunden.

8. Vorschlag Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023 in Höhe von 154.059,89 € wurde der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt. Der Bilanzgewinn beträgt Null.

9. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Geschäftsjahresende

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, nachhaltig beeinflussen würden.



10. Organe

10.1 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung besteht aus je acht Delegierten der Mitglieder.



Jens Bädecker (bis 24.04.2023)
Bremen

Jan Brucker (bis 24.04.2023)
Stuttgart

Frank Fischer (bis 24.04.2023)
Giesen (OT Hasede)

Jürgen Löhr (bis 24.04.2023)
Ochtendung

Mirko Mank
Laake (OT Kritzkow)

Alf Pytlik (ab 24.04.2023)
Braunschweig

Sandro Rende (ab 24.04.2023)
Saarwellingen

Oliver Ristok
Gräfenhainichen

Peter Scheer (ab 24.04.2023)
Plauen

Sina Scheffler (bis 24.04.2023)
Werder/Havel (OT Plötzin)

Peter Schüttler (ab 24.04.2023)
Nürnberg

Josef Teupe
Dormagen

Franz Westermaier sen. (ab 24.04.2023)
Bockhorn



Christian Beck (bis 27.03.2023)
Frankfurt

Marc Elkan (bis 27.03.2023)
Hamburg

Ottavio Greco
Waiblingen

Stefan Haker
Prötzel

Harry Irgang
Essen

Thomas Kurtze
Frankfurt am Main

Jörg Sommer (ab 27.03.2023)
Gelsenkirchen

Alexander Steuer (ab 27.03.2023)
Lauta (OT Leippe-Torno)

Dieter Wasilewski
Frankfurt

Paul Zipp
Dortmund

10.2 Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören an:



Frank Dostmann

Vorsitzender (ab 14.06.2023)
Stv. Vorsitzender (bis 14.06.2023)
Geschäftsführer der Gerüstbau Dostmann GmbH, Mannheim
Vizepräsident Wirtschaft und Recht des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Stv. Bundesinnungsmeister Wirtschaft, Recht und Ausbildung der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

Dipl.-Ing. Holger Budroweit

Vizepräsident Technik des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Stv. Bundesinnungsmeister Technik der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

RA'in Sabrina Luther

Geschäftsführerin des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

Dipl.-Betriebsw. (FH)

Marcus Nachbauer

Geschäftsführer der Eugen Nachbauer Gerüstbau GmbH & Co. KG, Ludwigshafen
Präsident des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Bundesinnungsmeister der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln



Carsten Burckhardt

Stv. Vorsitzender (ab 14.06.2023)
Vorsitzender (bis 14.06.2023)
Mitglied des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

RA Antonius Allgaier

Hauptabteilungsleiter I - Politik und Grundsatzfragen
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

Sven Bönnemann

Stv. Regionalleiter Westfalen der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Dortmund

Mehmet Korkmaz

Betriebsratsmitglied der XERVON GmbH, Region West
Vorsitzender der Bundesfachgruppe Gerüstbau der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Berichtsjahr 26.600,00 €.

10.3 Vorstand

Der Vorstand besteht aus:

Rainer Blackert

Vorstandsmitglied
Wiesbaden

Buchhaltung/Bilanzierung, Versicherungstechnik, Kontakt zum Verantwortlichen Aktuar, Kapitalanlagemanagement, Meldewesen BaFin, Abwicklung mit dem Treuhänder, Vertragsgestaltung mit den Banken sowie Zahlungsverkehr

Dr. Stefan Häusele

Vorstandsmitglied
Wiesbaden

Beitragseinzug, Beihilfe/Leistung, Risikomanagement, allgemeine Verwaltung

Unter die gemeinsame Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder fallen Kapitalanlageentscheidungen sowie Personal- und EDV-Angelegenheiten.

Unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Vorstandsbezüge verzichtet.

10.4 Treuhänder

Als Treuhänder sind bestellt:

Christoffer Pracht

Treuhänder
Hochheim a.M.

Norbert Ewald

Stv. Treuhänder
Bad Vilbel

10.5 Aktuar

Zum Aktuar ist bestellt:

Dipl.-Math. Johannes Nattermann

Verantwortlicher Aktuar
Ober-Olm



5. Erklärung des Vorstandes

Der Jahresabschluss 2023, bestehend aus

- Jahresbilanz,
- Gewinn- und Verlustrechnung,
- Anhang

und der

- Lagebericht 2023

wurden vom Vorstand aufgestellt.

Wiesbaden, den 26. April 2024

Rainer Blackert Dr. Stefan Häusele

- Der Vorstand -
Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, – bestehend aus der Jahresbilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der

vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- den Bericht des Aufsichtsrats,
- alle übrigen Teile des Geschäftsberichts,
- aber nicht den Jahresabschluss, nicht die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsabschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufwei-

- sen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme),

die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der

Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 30. April 2024

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Holger Höhndorf)
Wirtschaftsprüfer

(Manfred Schneider)
Wirtschaftsprüfer

7. Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Welfenstraße 4, 65189 Wiesbaden, an die Mitgliederversammlung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG am 5. Juni 2024 gem. § 172 Satz 2 Aktiengesetz über den Jahresabschluss 2023

Der Aufsichtsrat wurde während des Geschäftsjahres 2023 durch den Vorstand in mündlichen und schriftlichen Berichten über die wesentlichen Geschäftsvorgänge in der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG umfassend informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht 2023 wurden von der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen.

Gegen den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2023 erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss und den Lagebericht 2023 zu genehmigen.

Wiesbaden, den 17. Mai 2024

Frank Dostmann
Vorsitzender
des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Carsten Burckhardt
Stv. Vorsitzender
des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

RA Antonius Allgaier
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Sven Bönnemann
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Dipl.-Ing. Holger Budroweit
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Mehmet Korkmaz
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

RA'in Sabrina Luther
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Dipl.-Betriebsw. (FH)
Marcus Nachbauer
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG



Das Bildmaterial entstand im Rahmen der Deutschen Meisterschaft im Gerüstbauer-Handwerk - German Craft Skills, die am 7. November 2023 im Überbetrieblichen Ausbildungszentrum der Bau Bildung Sachsen-Anhalt e.V. in Magdeburg durchgeführt wurde. Die Landessieger haben ihr Können in mehreren „Disziplinen“ unter Beweis gestellt:

1. Ermittlung der Gerüstmerkmale (Breitenklasse, Lastklasse, Feldlängen) für eine vorgegebene Gerüstverwendung und Berechnungen zu Einsatzzeiten einer Kolonne
2. Bau eines Stahlrohr-Kupplungs-Gerüsts anhand einer technischen Zeichnung
3. Einmessen einer Kopfspindelplatte für ein Traggerüst
4. Fehlersuche an einem nach der Regelausführung erstellten Arbeitsgerüst, Dokumentation der Fehler sowie der Maßnahmen zur Beseitigung der Fehler

Wir danken der Bau Bildung Sachsen-Anhalt e.V. in Magdeburg für die Bereitstellung der Fotos.

Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes
Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG
Welfenstraße 4
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 7339-0
Telefax: 0611 7339-100
E-Mail: info@sokageruest.de
Website: www.sokageruest.de